

Dieser Artikel ist kostenpflichtig und wurde speziell für Sie freigeschaltet.

Langer Weg zum Wählen per Mausclick

Flächendeckendes E-Voting bleibt für Auslandschweizer vorerst noch Wunschenken

2015 sollten alle Auslandschweizer elektronisch wählen können, fordert deren Verband. Doch nur 14 Kantone machen mit. Die anderen sind skeptisch oder haben leere Kassen.

Simon Hehli – Mehr als 700 000 Schweizer leben im Ausland – und ein Teil von ihnen möchte mitentscheiden, wenn in der Schweiz Abstimmungen oder Wahlen anstehen. Gut 150 000 der Ausgewanderten haben sich zu diesem Zweck ins Stimmregister eintragen lassen. Doch bei den letzten nationalen Wahlen 2011 nutzte davon nur etwa jeder Dritte sein Wahlrecht. Das hat häufig praktische Gründe: Das Couvert mit dem Stimmmaterial trifft beispielsweise zu spät in Anchorage oder Bangkok ein – oder die Stimmzettel schaffen es nicht mehr rechtzeitig zurück in die Schweiz. Abhilfe schaffen könnte das Stimmen und Wählen per Mausclick. Die Auslandschweizer-Organisation (ASO) hat sich deshalb den Kampf fürs E-Voting auf die Fahnen geschrieben – und beackert das Thema auch intensiv am 92. Auslandschweizerkongress, der an diesem Wochenende im Aargau stattfindet.

Für 91 Prozent wichtig

Bei den Wahlen 2011 boten vier Kantone ihren Ausgewanderten die

Schweiz

Graubünden, St. Gallen und Aargau – viel zu wenige aus Sicht der ASO. Sie lancierte deshalb eine Petition mit der Forderung, dass auf die Wahlen 2015 hin alle Kantone E-Voting anbieten sollten. Ariane Rustichelli, Co-Präsidentin des Verbandes, ist überzeugt, dass das die Partizipationsrate erhöhen würde. «Das wäre wichtig, denn diese Leute bringen eine weltoffenere Perspektive in die Politik ein.» Die Selects-Studie 2011 ergab, dass 91 Prozent der befragten Auslandschweizer einen umfassenden Zugang zum E-Voting für wichtig halten.

Wie eine Umfrage der NZZ bei den Kantonen zeigt, verpasst die ASO ihr Ziel aber deutlich. Zwar hat sich einiges getan. Zu den vier Pionierkantonen sind acht weitere hinzugekommen, die in den letzten Jahren zahlreiche geglückte Probeläufe bei Abstimmungen absolviert haben und ihren Expatriates mittlerweile ständig E-Voting anbieten: Bern, Luzern, Freiburg, Solothurn, Schaffhausen, Neuenburg, Genf und Thurgau. Im März 2015 folgen noch Glarus und Zürich. Die Teilnahme des bevölkerungsreichsten Kantons bedeutet, dass immerhin mehr als die Hälfte der Auslandschweizer im Herbst 2015 wird elektronisch wählen können. Doch zwölf Kantone stehen abseits. Das liegt nicht nur an fundamentalen Sicherheitsbedenken in Bezug auf das E-Voting, befeuert durch den NSA-Skandal oder einen Hacker-Angriff auf das Genfer E-Voting-Modell. Einzelne Kantone wie Nidwalden oder Uri zeigen sich durchaus offen für E-Voting-Lösungen, haben sich aber einen Marschhalt verordnet, bis eine neue Generation Software auf dem Markt ist, so dass es für Herbst 2015 nicht mehr reicht. In Baselland, Schwyz oder Zug hingegen mangelt es grundsätzlich am Willen, das Projekt voranzutreiben. Angesichts einschneidender Sparpakete geniessen die Anliegen der Auslandschweizer nicht höchste Priorität. Ein kleiner Kanton wie Appenzell Innerrhoden fragt sich zudem, ob sich der Aufwand lohnt: Bei rund 280 registrierten Ausgewanderten kostete eine einzelne Stimmabgabe 100 Franken – zu viel, so die Staatskanzlei.

2020 auch in der Schweiz

Sollte allerdings 2015 bei den teilnehmenden 14 Kantonen alles reibungslos funktionieren, dürfte der Druck auf die zurückhaltenden Stände steigen.

Schweiz

2020 sollen auch die in der Schweiz lebenden Bürger E-Voting nützen können, wie Consortiums-Geschäftsleiter Thomas Wehrli erklärt. «Nur so lassen sich die grossen Ausgaben für die E-Voting-Projekte rechtfertigen.» Bald sollte auch die Technik so weit ausgereift sein, dass die Bürger überprüfen können, ob ihre Stimme auch wirklich richtig in der elektronischen Urne gespeichert wurde.

Ariane Rustichelli von der ASO passt denn ihre Forderung an: «Für die Wahlen 2019 muss das E-Voting für alle Auslandschweizer bereitstehen.» Am Ziel wäre die ASO aber auch dann noch nicht. Dass die E-Voting-Codes per Post verschickt werden, hält Rustichelli für unpraktikabel – das gedruckte Stimmmaterial treffe oft in der falschen Sprache oder zu spät ein. Sie sagt deshalb: «Die Bürger sollen alle Dokumente online erhalten und auch via Internet abstimmen und wählen können.»